



## LRMB - Landesrecht Ministerialblatt

---

### Stammnorm

Ausfertigungsdatum: 12.08.1974

# **Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes der Privatschulen nach § 4 Nr. 5 Grundsteuergesetz (GrStG) Gem. RdErl. d. Finanzministeriums, d. Innenministeriums u. d. Kultusministeriums v. 12.8.1974**

---

**Grundsteuerbefreiung  
des Grundbesitzes der Privatschulen  
nach § 4 Nr. 5 Grundsteuergesetz (GrStG)**  
Gem. RdErl. d. Finanzministeriums,  
d. Innenministeriums u. d. Kultusministeriums  
v. 12.8.1974  
<![if !supportLineBreakNewLine]>  
<![endif]>

### 1.

#### **Grundsteuerbefreiung von Privatschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG**

##### 1.1

Grundbesitz von Privatschulen, der nicht schon nach § 3 GrStG von der Grundsteuer befreit ist, ist nach § 4 Nr. 5 GrStG grundsteuerfrei, wenn die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle (§ 1 Grundsteuer-Anerkennungsverordnung vom 15. Januar 1974 – GV. NRW. S. 54/SGV, NRW. 611, BStBl. I S. 100 -) <sup>1)</sup> anerkannt hat, dass der Benutzungszweck im Rahmen der öffentlichen Aufgaben liegt. Wenn der Grundbesitz schon bisher nach § 4 Nr. 7 GrStG a.F. steuerfrei war, kann unterstellt werden, dass eine Anerkennung vorliegt (Abschnitt 22 Absatz 5 Satz 3 GrStG). Soweit nach § 4 Nr. 5 GrStG steuerfreier Grundbesitz von Privatschulen nicht nach altem Recht von der Grundsteuer befreit war, bedarf es der Anerkennung.

##### 1.2

Privatschulen sind entweder Ersatz- oder Ergänzungsschulen (§ 36 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 – GV. NRW. S.

61/SGV. NRW. 223 -) Ersatzschulen bedürfen nach § 37 des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Landes Nordrhein-Westfalen der Genehmigung durch den Kultusminister<sup>2)</sup>.

## 2.

### Allgemeine Anerkennung für private Ersatzschulen

#### 2.1

Gemäß § 4 Nr. 5 GrStG in Verbindung mit § 1 Grundsteuer-Anerkennungsverordnung wird allgemein anerkannt, dass der Benutzungszweck des Grundbesitzes von privaten Ersatzschulen im Rahmen der öffentlichen Aufgaben liegt. Diese Anerkennung gilt auch für Kindergärten, die einer Frauenoberschule (hauswirtschaftliche Form)<sup>3)</sup> angeschlossen sind oder der Ausbildung von Kindergärtnerinnen und -hortnerinnen<sup>4)</sup> dienen.

#### 2.2

Die oberen Schulaufsichtsbehörden (Regierungspräsidenten<sup>5)</sup> und Schulkollegien<sup>6)</sup> haben für die erstmalige Gewährung einer Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes von privaten Ersatzschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG zu bescheinigen, dass es sich um eine private Ersatzschule handelt.

## 3.

### Anerkennung für private Ergänzungsschulen

Für die Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes privater Ergänzungsschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG, der nicht schon nach § 4 Ziff. 7 GrStG a.F. befreit war, ist eine Anerkennung in jedem Einzelfall erforderlich (Hinweis auf Gem. RdErl. d. Finanzministers u.d. Innenministers v. 08.05.1974 – SMBl. NRW. 611160, BStBl. I S. 516 -).

---

<sup>1)</sup> jetzt: Grundsteuer-Anerkennungsverordnung vom 26. April 1983 ([GV. NRW. S. 150](#))

<sup>2)</sup> jetzt: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder

<sup>3)</sup> jetzt. Fachschule für Sozialpädagogik

<sup>4)</sup> jetzt: Erzieherinnen und Erzieher

<sup>5)</sup> jetzt: Bezirksregierungen

<sup>6)</sup> Die Schulkollegien sind seit 1. Januar 1996 aufgelöst

**MBI.NRW. 1974 S. 1344, bei Erlassbereinigung 2003 überarbeitet.**

<![if !supportFootnotes]>  
<![endif]>